

Erstmal ist sich Schwarz-Grün einig

S

Die ÖVP bekommt beim Wohnbauprojekt in Gneis ihren Preisdeckel, die Bürgerliste ihre Wohngruppe. Eine Allianz, die vor allem eine aufregt: Die SPÖ.

HEIDI HUBER

SALZBURG-STADT. In Gneis an der Berchtesgadener Straße (Dossenweg) entstehen ab Herbst rund 240 Wohnungen. Was wurde in der Stadtpolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren nicht über dieses Großprojekt debattiert und gestritten - über den Aufteilungsschlüssel zwischen Miete und Eigentum, das Streichen der Mietkaufwohnungen, die Wohngruppen. Die ÖVP wollte erstmals die Preise für Eigentumswohnungen vorschreiben, die Bürgerliste hielt das für Unfug, zumal nicht

geklärt sei, wie man zu einer gerechten Vergabe kommen könne. Kurzum: Die gesamte Wohnbaupolitik entzündete sich an diesem einen Großprojekt.

Seit Montag ist alles anders, eine schwarz-grüne Allianz erstmals vorhanden. ÖVP und Bürgerliste überraschten am Nachmittag die Klubchefs der anderen Parteien mit der Ankündigung, im Gemeinderat am Mittwoch einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag einbringen zu wollen. Sowohl die Verkaufsrichtlinien als auch die Wohngruppe sind darin enthalten.

Von den 236 Wohnungen entstehen nach derzeitigem Stand rund 121 Mietwohnungen, 47 Eigentumswohnungen mit einem Kaufpreisdeckel von 4600 Euro je Quadratmeter und 68 Eigentumswohnungen mit einem Preis von 3800 Euro je Quadratmeter - hier kommt aber ein monatlicher Baurechtszins von 1,60 Euro je m² Grundstücksfläche dazu.

Aber wer darf die vergleichsweise günstigen Eigentumswohnungen kaufen? Nur jene, die den Kriterien der Wohnbauförderung des Landes und den Wohnungs-

vergaberichtlinien der Stadt entsprechen. Bewerben können sich Interessenten für zwei Wohnungen. Zum Schluss kommt ein EDV-System samt einem Zufalls-generator zum Einsatz, der die Reihung vornimmt.

ÖVP-Vizebürgermeisterin Barbara Unterkofler sagt: „Wir versuchen, neue Wege in der Wohnpolitik zu gehen. Die Nachfrage nach Eigentum ist groß. Es nützt nichts, wenn hier ideologisch vorgegangen wird.“ Erstmals habe man hier ein Grundstück in „förderbaren Wohnbau“ umgewidmet. Der Kaufpreis für die



„Wohnungen um die Hälfte dessen, was sonst verlangt wird.“

Barbara Unterkofler, Vizebgm.

Wohnungen sei die Hälfte dessen, was in dieser Gegend üblicherweise verlangt werde, sagt Unterkofler. Die Verkaufskriterien

seien höchst objektiv, transparent und nachvollziehbar.

Was die Bürgerliste zum Umdenken bewegt hat? „Auch wenn wir den Aufteilungsschlüssel nicht für richtig erachtet haben, können wir dieses Vorzeige-Bauprojekt nicht zur Gänze ablehnen. Wir haben einen konstruktiven Kompromiss gemacht“, sagt Klubchefin Inge Haller. Es sei wichtig gewesen, das Modell der Baugruppe politisch einmal zu ermöglichen. „Sonst dauert es wieder Jahre, bis wir so etwas umsetzen können.“ In der Sache habe man nicht auf Totalopposition schalten wollen, schließlich habe Johann Padutsch einst das Bauvorhaben noch auf den Weg gebracht. Bei den Verkaufsrichtlinien habe man Verbesserungen erreicht. „Aber es wird trotzdem spannend, ob es funktioniert.“ Beiden Seiten hätten sich konstruktiv bewegt, wird betont.

Schwarz-Grün als künftige Allianz im Wohnbau? Das scheint eher fraglich. Unterkofler meint dazu: „Wir brauchen einen sachlichen Weg. Ich hoffe, dass wir noch andere davon überzeugen können.“ Und Haller: „Ob es eine Zusammenarbeit auf Dauer wird,

wird man sehen. Der Bürgerliste geht es um die Sache, wir wollen was weiterbringen. Und auf sachlicher Ebene schließen wir eine Zusammenarbeit weder mit ÖVP noch mit SPÖ aus.“ Mietkaufmodelle halte sie noch immer für eine wichtige Option, daran werde die Bürgerliste auch festhalten. Nachsatz: „Und wenn sich die ÖVP künftig auch in Sachen Klimaschutz und Umweltpolitik der Bürgerliste annähern würde, dann könnte man auch dem Budget wieder zu stimmen“, meint Haller.

Die FPÖ wird dem schwarz-grünen Vorhaben am Mittwoch zustimmen. „Wir müssen neue Wege gehen. Überall wird das schon praktiziert, nur bei uns nicht“, argumentiert Gemeinderätin Renate Pleininger. SPÖ-Vizebgm. Bernhard Auinger klang hingegen verärgert. „Das ist eine nette Allianz. Die Grünen gegen den geförderten Mietwohnbau im Süden der Stadt. Das ist ein aufgelegter Elfmeter für uns.“ Denn die Wohngruppe gehe zulasten der geförderten Mietwohnungen, wo die Stadt das Einweisungsrecht habe. Und da bleibe jetzt nicht mehr viel übrig, weil bei diesem Projekt ohnehin nur rund

50 Prozent auf Mietwohnungen entfielen. „Jetzt sind die Grünen zwei Mal umgefallen. Wir werden da sicherlich nicht mitstimmen“, betont Auinger.